N D E S R A T
des
ARGEBIETES.

I. Sitzungsperiode 1924
---
1. Sitzung

Stenographischer Bericht

über die am Mittwoch, den 5. März 1924 in der Aula der Oberrealschule zu Saarbrücken 3 (Landwehrplatz) stattgefundene Sitzung des Landesrates.

Vorsitzender, Ministerialrat Koßmann: Meine Herren! Ich eröffne die heutige Sitzung (3 Uhr nachmittags) und begrüße den neuen Landesrat, besonders aber die Mitglieder, die bisher im alten Landesrat noch nicht unter uns gewesen sind. Ich hoffe, daß die Arbeiten des Landesrates zum Wohle der Bevölkerung des Saargebietes auswachsen.

Von der Regierung ist Herr Staatskommissar Dr. Liesch anwesend.

Von den Mitgliedern haben sich entschuldigt, wegen dringender Geschäfte nicht an der Sitzung teilnehmen zu können,

Becker (Z.)-Saarbrücken; Schneider (S.P.)-Saarbrücken;
Dr. M. v. Vopelius (D.S.V.)-Sulzbach.

Unsere Tagesordnung umfaßt folgende Punkte:

I. Wahl der Beisitzer des Vorstandes.

II. Bildung der Kommissionen.

III. Begutachtung der Verordnungsentwürfe betreffend:

1) Zollwesen im Saargebiet,

2) Abänderung der Verordnung vom 28.12.22 betreffend Neuregelung der Bestimmungen über das Wohnungswesen,

3) Abänderung der Verordnung vom 19.5.1922 betreffend die Zusammensetzung und Aufgabe der Pachteinigungsämter.

Wir schreiten zur Wahl des Vorstandes. Dem Vorstand gehören außer dem von der Regierungskommission ernannten Präsidenten zwei Beisitzer an. Ich bitte um Vorschläge.

evacher (Z.): Ich schlage für die Zentrumsfraktion den bisherigen Beisitzer Herrn Scheuer vor.

etri (S.P.): Ich schlage für die Sozialdemokratische Fraktion Herrn Betz vor.

einhard (K.P.): Ich schlage von unserer Partei Herrn Eifler vor.

orsitzender: Weitere Vorschläge werden nicht mehr gemacht. Die Stimmzettel

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3
A4

Stimmzettel werden verteilt und ich bitte die beiden Namen der Herren,
die Sie wählen wollen, auf die Zettel zu schreiben.

Ich frage, ob die Stimmzettel alle abgegeben worden sind. Es scheint der Fall zu sein. Zur Feststellung des Ergebnisses bitte ich die Herren Petri und Reinhard mitwirken zu wollen.

Der Schriftführer des Landesrates hat für Eifler 5, für Betz 22 und für Scheuer 22 Stimmen notiert.

Herr Petri und Herr Reinhard, stimmen Ihre Notierungen damit überein ?

Es ist der Fall, danach wären die Herren Scheuer und Betz gewählt. Ich bitte die Herren bei mir Platz zu nehmen.

Wir schreiten nun zur Wahl der Kommissionen, die wir nicht durch Stimmzettel zu wählen haben, sondern per Akklamation. Jede Kommission besteht aus 8 Mitgliedern. Wir haben 5 Parteien im Landesrat, die Zentrumspartei, die Partei der Mehrheitssozialisten, die Kommunistische Partei, die Deutsch-Saarländische-Volkspartei und die Partei des Grundbesitzes. Jede Partei hat Anspruch auf einen Sitz. Gleichzeitig erhält die Zentrumspartei, die 14 Mitglieder hat, vorweg 2 Sitze. Das sind insgesamt 6 Sitze. Wir müssen die anderen 2 Sitze, die uns noch zur Verfügung stehen, weil die Kommissionen mit 8 Mitgliedern besetzt werden, auf die einzelnen Parteien verteilen. Die Zentrumspartei und die Partei der Mehrheitssozialisten erhalten je 1 Sitz mehr, sodaß die Zentrumspartei 3, die Partei der Mehrheitssozialisten 2 und die anderen Parteien je einen Sitz haben.

Wir beginnen mit der Kommission für Steuerfragen und ich bitte die Parteien, Vorschläge zu machen.

Die Kommissionen werden wie folgt zusammengesetzt:

I. Steuerfragen

1. Becker	Richard	Kaufmann	Saarbrücken	Z.
2. Gärtner	Josef	Gew.-Sekr.	Guichenbach	Z.
3. Heinz	Peter	Stellmachermeister	Brotdorf	Z.
4. Hoffmann	Johann	Gew.-Sekr.	Saarbrücken	S.P.
5. Petri	Hermann	" "	Neunkirchen	S.P.
6. Dr. v. Vopelius		Glashüttenbesitzer	Sulzbach	D.S.V.
7. Albert	Jakob	Landwirt	Altheim	H.L.
8. Ulrich	Karl	Bergmann	Ludweiler	K.P.

II. Für Angelegenheiten der Öffentlichen Arbeiten.

1. Kratz	Johann	Steiger	Neunkirchen	Z.
2. Gärtner	Josef	Gew.-Sekr.	Guichenbach	Z.
3. Thiel	".	Keramarbeiter	Merzig	Z.
4. Brettar	Karl	Eisenb.-Schl.	Kleinblittersd.	S.P.
5. Betz	Anton	Bürobeamter	Völklingen	S.P.
6. Schmelzer	Wilhelm	Malermeister	Saarbrücken	D.S.V.
7. Albert	Jakob	Landwirt	Altheim	H.u.L.
8. Sticher	Karl	Eisenbahner	Ottweiler	K.P.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

III. Für Wirtschaftsfragen.
(Industrie, Handel, Landwirtschaft, Handwerk)

1.	Becker , Richard	Kaufmann	Saarbrücken	Z.
2.	Gladel , Johann	Landwirt	Felsberg	Z.
3.	Kiefer , Peter	Gew.-Sekr.	Saarbrücken	Z.
4.	Petri , Hermann	" "	Neunkirchen	S.P.
5.	Brettar, Karl	Eisenbahn-Schlosser	Kl.-Blittersd.	S.P.
6.	Schmelzer, Wilhelm	Malermeister	Saarbrücken	D.S.V.
7.	Albert , Jakob	Landwirt	Altheim	H.u.L.
8.	Heckler , Karl	Bergmann	Wiebelskirchen	K.P.

IV. Für Verwaltungsfragen.

1.	Martin, Wilhelm	städt. Mittelschul-lehrer	Saarbrücken	Z.
2.	Levacher, Franz	Rechtsanwalt	Saarlouis	Z.
3.	Scheuer , Peter	Redakteur	St. Jngbert	Z.
4.	Betz , Anton	Bürobeamter	Völklingen	S.P.
5.	Dr. Sender, Walther	Rechtsanwalt	Saarbrücken	S.P.
6.	Dr. Röchling, Herm.	Hüttenbesitzer	Völklingen	D.S.V.
7.	Albert, Jakob	Landwirt	Altheim	H.u.L.
8.	Eifler, Franz	Metallarbeiter	Neunkirchen	K.P.

V. Für Rechtsfragen

1.	Levacher, Franz	Rechtsanwalt	Saarlouis	Z.
2.	Karius , Math.	Gew.-Sekr.	Saarbrücken	Z.
3.	Scheuer , Peter	Redakteur	St. Jngbert	Z.
4.	Hoffmann, Johann	Sekretär	Saarbrücken	S.P.
5.	Dr. Sender, Walther	Rechtsanwalt	Saarbrücken	S.P.
6.	Dr. Röchling Herm.	Hüttenbesitzer	Völklingen	D.S.V.
7.	Albert , Jakob	Landwirt	Altheim	H.u.L.
8.	Reinhard, Phil.	Gew.-Sekr.	Ludweiler	K.P.

VI. Für Kultus- und Schulangelegenheiten.

1.	Kiefer , Peter	Gew.-Sekr.	Saarbrücken	Z.
2.	Martin , Wilhelm	städt. Mittelschul-lehrer	Saarbrücken	Z.
3.	Wilhelm , Peter	Pfarrer	Wehrden	Z.
4.	Betz , Anton	Bürobeamter	Völklingen	S.P.
5.	Schneider, Bernhard	Lehrer	Saarbrücken	S.P.
6.	Schmelzer, Wilhelm	Malermeister	Saarbrücken	D.S.V.
7.	Albert , Jakob	Landwirt	Altheim	H.L.
8.	Heckler , Karl	Bergmann	Wiebelskirchen	K.P.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

8

VII. Für soziale Gesetzgebung und arbeitsrechtliche Angelegenheiten.

1. Karius	, Mathias	Gew.-Sekr.	Saarbrücken	Z.
2. Kratz	, Joh.Jak.	Steiger	Neunkirchen	Z.
3. Seiwert	, Nikolaus	Kaufmann	Merzig	Z.
4. Hoffmann,	Joh. Pet.	Arbeitersekretär	Saarbrücken	S.P.
5. Petri	, Hermann	"	Neunkirchen	S.P.
6. Reinhard,	Philipp	Gew.-Sekr.	Ludweiler	K.P.
7. Hussong	, Otto	Landwirt	Webenheim	D.S.V.
8. Albert	, Jakob	Landwirt	Altheim	H.u.L.

VIII. Für Volkswohlfahrt. (Fürsorge für Kriegshinterbliebene, Gesundheitsfürsorge, Jugendfürsorge, allgemeine Fürsorge für wirtschaftlich Schwache.)

1. Kratz	, Joh.Jak.	Steiger	Neunkirchen	Z.
2. Rütters	, Wilhelm	Hüttenarbeiter	Völklingen	Z.
3. Wilhelm	, Peter	Pfarrer	Wehrden	Z.
4. Betz	, Anton	Bürobeamter	Völklingen	S.P.
5. Schneider,	Bernhard	Lehrer	Saarbrücken	S.P.
6. Eifler	, Friedrich	Gewerkschafts, angestellter	Neunkirchen	K.P.
7. Hussong	, Otto	Landwirt	Webenheim	D.S.V.
8. Albert	, Jakob	Landwirt	Altheim	H.u.L.

---

rsitzender: Wir kommen zur Ueberweisung der Vorlagen in die Kommissionen.

Punkt 1 betr. das Zollwesen im Saargebiet.

vacher (Z.) Ich schlage vor, diese Vorlage der Wirtschafts-und Rechtskommission zu überweisen.

Sender (S.P.) Wir sind mit dem Vorschlag Levacher einverstanden.

nhard (K.P.) Meine Damen und Herren!

(Zuruf: Es sind keine Damen hier !)

enn mir zugerufen wird, daß keine Damen hier sind, so bitte ich einmal umzusehen, dann werden Sie finden, daß dahinten Damen sind.

Ich erachte es für notwendig, in unserer heutigen Sitzung auf die Tatsachen einzugehen, wie sie sich in den letzten ochen und Monaten im Saargebiet entwickelt haben. Es kann nicht angehen, daß wir heute hier in öffentlicher Sitzung an diesen Tatsachen vorbeigehen, ohne als Volksvertretung des Saargebietes unsere Meinung zu sagen.

Vorsitzender

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. W A4

Vorsitzender: Herr Reinhard, die Mitglieder und ich waren der Meinung, daß Sie zu der Vorlage sprechen wollen. Wenn Sie bei diesem Punkt Ihre Rede über die Verhältnisse der letzten Zeit halten wollen, um den anderen Parteien zuvorzukommen, so ist das ein Trick, den ich als Präsident des Hauses nicht gelten lassen kann.

Das Wort hat der Abgeordnete Reinhard!

Reinhard (K.P.) Ich will die Tatsachen behandeln, die am brennensten sind. Es handelt sich jetzt darum, ob der Vorsitzende sein Einverständnis gibt, daß ich dann nachher zu diesem Punkt Stellung nehmen darf.

Vorsitzender: Herr Reinhard, dem steht nichts im Wege. Das ist vor der Sitzung besprochen worden und ich glaube, es wäre unkollegial, wenn Sie nicht sprechen dürften.

Reinhard (K.P.) Unter diesen Umständen erkläre ich mich damit einverstanden.

Vorsitzender: Der Entwurf betr. das Zollwesen im Saargebiet wird der Wirtschafts-und Rechtskommission überwiesen. Widerspruch erhebt sich nicht.

Wir kommen zu Punkt 2 der Tagesordnung

<u>Abänderung der Verordnung vom 28.12.1922 betr. Neuregelung der Bestimmungen über das Wohnungswesen.</u>

Levacher (Z.) Ich habe hier denselben Antrag zu stellen, die Vorlage der Wirtschafts-und Rechtskommission zu überweisen.

Vorsitzender: Ein Widerspruch erhebt sich nicht. Sie sind damit einverstanden.

Karius (Z.) Wenn es möglich ist, möchte ich bitten, den Mitgliedern Abschrift der Pachtverordnung und des Reichsgesetzes über Mieterschutz und Mieteinigungsämter vom 1.7.23. zugängig zu machen.

Vorsitzender : Das Wort hat der Abgeordnete Levacher !

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 3
A4

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3

ner (Z.): Meine Herren! Die Landesratsfraktion der Zentrumspartei dankt ihren Wählern für das durch die Wahl bewiesene Vertrauen.

Wie bei Eröffnung des ersten Landesrates erklären wir auch heute unsere aufrichtige Bereitwilligkeit, mit der Regierungskommission zum Wohle der Saarbevölkerung zusammenzuarbeiten. Genau wie damals ist jedoch Voraussetzung dazu, daß die Regierungskommission die ihr vom Völkerbundsrat vorgezeichnete Aufgabe : " Weder eine andere Pflicht, noch ein anderes Interesse als die Wohlfahrt des Saargebietes zu kennen ", in streng neutraler Weise erfüllt. Wie eine Mehrheit in der Kommission dieses bisher unterlassen hat, ist in verschiedenen Denkschriften an den Völkerbundsrat nachgewiesen worden. Wir müssen unserem Bedauern Ausdruck geben, daß die von uns angebotene Zusammenarbeit illusorisch gemacht wurde. Wir sind fester denn je entschlossen, die der Saarbevölkerung durch das Saarstatut gewährleisteten Rechte und Freiheiten, vor allem unsere christlichen Kulturgüter, unser deutsches Volkstum, unsere deutsche Schule, das Koalitionsrecht der Arbeitnehmer, das Selbstbestimmungs-und Selbstverwaltungsrecht der Kommunen in keiner Weise schmälern zu lassen.

Wir protestieren zunächst gegen die Nichtbestätigung vieler Herren, die von den kommunalen Körperschaften zu ehrenamtlichen Beigeordneten und Deputierten gewählt worden waren. Auch erheben wir Einspruch gegen die zwar längst ohne Anhörung des Landesrates beschlossene, aber erst in letzter Stunde zu durchsichtigen Zwecken veröffentlichte Anderung der Wahlordnung. Anstatt die so oft von allen Parteien ausgesprochene Forderung nach Einführung der gebundenen Listen für alle Wahlen zu erfüllen, anstatt dem Landesrat eine ihm zukommende, größere Bewegungsfreiheit zu geben, hat die Regierungskommission mit dieser Verordnung von neuem den allerdings vergeblichen Versuch gemacht, die Wahlen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Wir müssen erneut fordern, daß möglichst bald der Landesrat von all den engen und unwürdigen Schranken befreit wird, welche im Saarstatut nicht begründet sind. Ohne weiteres vereinbar mit den Bestimmungen des Versailler Vertrages sind: Ausdehnung der Wählbarkeit auch auf nicht hiergeborene Deutsche, Selbstwahl des Präsidenten des Landesrates, Immunität der Abgeordneten, Petitionsrecht, Interpellationsrecht, das Recht der Initiativanträge und Selbstbestimmung der Geschäftsordnung und der Tagesordnung. Durch die Einschränkung des passiven Wahlrechts sind wertvolle Kräfte, die zum Teil ein Menschenalter im Saargebiet tätig sind, von der parlamentarischen Mitarbeit ausgeschlossen und somit eines wichtigen Bürgerrechts beraubt worden.

Wir fordern weiter, daß die Regierungskommission unsere alte und natürliche Forderung, daß der Landesrat das saarländische Mitglied der Regierungskommission dem Völkerbundsrat zur Ernennung vorschlägt, zu der ihrigen macht. Die nächste Tagung des Völkerbundsrates wird der Regierungskommission hierzu die beste Gelegenheit bieten. Der Völkerbundsrat selbst, der, wie wir dankbar anerkennen, immer mehr bestrebt ist, den Bestimmungen des Saarstatuts hier Geltung zu verschaffen, wird sich der Berechtigung dieser elementaren Volksforderung nicht verschließen können.

Unsere alten Beschwerden erheben wir heute von neuem und fordern deren Beseitigung. Die wesentlichsten sind: Die Entfernung des französischen Militärs, Aufhebung der Saareinwohnerverordnung, der Notverordnung und der Antistreikverordnung, die Beseitigung der französischen Schulen in ihrer gegenwärtigen Gestalt, Entfernung der fremdländischen Beamten aus der saarländischen Verwaltung, kurz, das völlige Aufgeben der bisherigen Französierungspolitik.

Besonderen Wert legen wir darauf, daß die Forderungen, die in der letzten gemeinsamen, vom 29. Februar 1924 datierten Denkschrift an den Völkerbundsrat betreffend die Auswirkung

der

A4 1

der Frankenentwertung auf das Wirtschaftsleben des Saargebietes, möglichst bald erfüllt werden, damit eine feste wirtschaftliche Grundlage für das Saargebiet geschaffen und es vor weiteren wirtschaftlichen Schädigungen und Erschütterungen bewahrt wird.

Insbesondere fordern wir die energischsten Schritte zur baldigen Regelung der drückenden Lohn-und Gehaltsverhältnisse. In breiten Bevölkerungsschichten herrscht bittere Not, wie sie das Saargebiet bisher noch nicht gesehen hat. Die Frankenrentenempfänger müssen betteln, die Arbeiterschaft hungert, die Beamtenschaft ist verarmt, der Mittelstand leidet schwer. Einen großen Teil der Schuld an diesen Zuständen trägt die Regierungskommission, die den sinkenden Franken trotz der Ablehnung durch den Landesrat allgemein eingeführt hat. Die staatlichen Arbeiter hat die Regierungskommission trotz der Not noch nicht aufgebessert. Die neue Gehaltsregelung für die staatlichen Beamten und Angestellten ist ungenügend. Wäre diese Gehaltsordnung dem Landesrat vorgelegt worden, so hätte dieser in Gemeinschaft mit den zuständigen Berufsorganisationen eine gerechte Regelung der Regierungskommission unterbreitet. Wir erwarten möglichst bald eine gerechte Lohn -regelung der staatlichen Arbeiter und die Vorlage einer neuen Besoldungs-und Ruhegehaltsordnung. Wir haben uns noch niemals geweigert, die erforderlichen Mittel zu bewilligen. Es kommt nur darauf an, die starken Schultern, insbesondere die Saargruben, mehr zu belasten. Hätte die Regierungskommission in wirklicher Wahrung des Volkswohles schon vor Monaten die Initiative ergriffen, dann hätten die Gruben und andere Arbeitgeber die Erfüllung gerechter Forderungen ihrer Arbeiter und Angestellten nicht hinausschieben können. Infolge dieses Versagens der Saarregierung konnten die Gruben trotz des Betriebsüberschusses von 390 Millionen Franken innerhalb der drei letzten Jahre und trotz der Steigerung der Kopfleistung um mehr als die Hälfte, die dringend notwendige Lohnerhöhung Monate lang hinauszögern. Not und Elend sind außerordentlich gestiegen. Die Regierung muß Hand in Hand mit dem Landesrat Mittel und Wege zur Lösung ausfindig machen.

In sozialpolitischer Hinsicht stehen wir hinter den Forderungen, die von den im Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Verbänden der Regierungskommission bei ihrem Amtsantritt zum Ausdruck gebracht worden ist. Insbesondere verlangen wir den Ausbau der Sozialversicherung, des Arbeiterrechtes, des Arbeiterschutzes, Schutz der Tarifverträge, gesetzliche Regelung der Arbeitszeit, Regelung des Schlichtungswesens, der Kriegsbeschädigten-und Erwerbslosenfürsorge. Es ist unverständlich, daß die von unserer Fraktion in der letzten Legislaturperiode gerade in dieser Beziehung gestellten Anträge von der Regierungskommission unberücksichtigt geblieben sind.

Mit der gleichen Wärme treten wir ein für die berechtigten Forderungen der Landwirte, der Handwerker-und Gewerbetreibenden, des Handels und der Industrie. Auch sie leiden unter der schwierigen wirtschaftlichen Lage. Die schwierigen Verkehrs-, Zoll-und Kreditverhältnisse müssen gebessert werden. Gegen die vollständige Eingliederung des Saargebietes in das französische Zollsystem im Jahre 1925 muß jetzt schon Vorsorge getroffen werden.

In der Wohnungsfrage erwarten wir endlich gleiches Recht für alle, Abschaffung der immer noch bestehenden Zentralwohnungskommission, Wegfall der Bevorzugung des französischen Militärs und der Grubenverwaltung.

Überhaupt erwarten wir, daß in Zukunft die vom Landesrat abgegebenen Gutachten nicht wie bisher zum großen Teil von der Regierungskommission unberücksichtigt bleiben, sondern endlich als Grundlage der zu erlassenden Gesetze und Verordnungen genommen werden. Dieses liegt dringend im Interesse der Saarbevölkerung und ist eine Voraussetzung für das von uns erstrebte gedeihliche Zusammenwirken zwischen Regierungskommission

und

L R Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

und Volksvertretung.

Auch heute schließen wir unsere Erklärung wie bei Eröffnung des ersten Landesrates. Wir fühlen uns auf Grund des nationalen Gemeinschaftsgefühls und der geschichtlichen Vergangenheit des Saargebietes und Saarvolkes als Glied von Deutschland. Daher wird der Fraktion neben der Wahrung der kulturellen Güter die Pflege deutscher Sitte und Kultur sowie die Erhaltung der Verbindung mit dem Mutterlande uns besonders am Herzen liegen. Land und Leute an der Saar sind seit jeher deutsch. Auch der Versailler Vertrag erkennt dies an. Sie sollen es ewig bleiben.

(B r a v o !)

Sitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Sender!

Sender (S.P.): Meine Herren! Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion habe ich zu erklären, daß die Herrschaft der Regierungskommission in ihrem Grundbestreben von gleicher Art geblieben ist, wie in der Vergangenheit. Die Erklärungen der einzelnen Parteien des Landesrates in der ersten Sitzung des Landesrates vom 19. Juli 1922 haben bis heute taube Ohren gefunden. Die Arbeit des Landesrates, der sogenannten Volksvertretung hat innerhalb und außerhalb die Regierung vorsichtig gemacht. Es ist deshalb eine Pflicht des zweiten Landesrates auf diese erhöhte Gefahr hinzuweisen und nochmals und immer wieder dem selbstherrlichen System durch Aufstellung sofort erfüllbarer praktischer Forderungen die Wege zu weisen, deren Beschreiten eine unabweisbare Forderung geworden ist. Voraussetzung für eine gedeihliche Arbeit des Landesrates ist seine Loslösung der unwürdigen abgelebten Geschäftsordnung. Der Landesrat muß Bewegungsfreiheit haben.

Der Landesrat wolle beschließen:

1.) Die Regierungskommission wird ersucht, dem Landesrat einen Verordnungsentwurf vorzulegen, der dem Landesrat das Initiativrecht, Petitions-, und Interpellationsrecht einräumt,

2.) Die Regierungskommission wird ersucht, dem Landesrat einen Verordnungsentwurf vorzulegen, durch welchen dem Landesrat das Recht festgelegt wird sich selbst seine Geschäftsordnung zu geben, insbesondere Beginn und Ende seiner Tagungen selbst zu bestimmen und seinen Vorsitzenden selbst zu wählen.

3.) Die Regierungskommission wird ersucht, dem Landesrat umgehend nachstehenden Verordnungsentwurf, der den Schutz der Immunität gewährleistet, vorzulegen.

Dieser lautet:

Kein Mitglied des Landesrates darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der Ausübung seiner Mandate oder sonst zur Verantwortung gezogen werden.

Ohne Genehmigung des Landesrates kann kein Mitglied des Landesrates wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Verantwortung gezogen werden.

Auf Verlangen des Landesrates wird jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied desselben für die Dauer der Wahlperiode aufgehoben.

Die Erfüllung dieser Forderungen hängt vom guten Willen der Regierung ab. Die Forderung entspricht in keiner Weise der nur begutachtenden Tätigkeit des Landesrates. Es gilt ein schweres Unrecht gut zu machen.

Wir

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3

A4

Wir bewundern die Kühnheit der Regierung, die fremd ins Land kommend, einem großen Teil der Bevölkerung ein Recht entzieht, das seit Jahrzehnten ein ererbtes Recht ist. Man will damit eine geistige Verödung hervorrufen. Der willkürlichen Spaltung werden wir ewig mit Kampf entgegentreten und sie zu bannen versuchen.
Der Landesrat wolle beschließen:

Die Regierungskommission wird ersucht, dem Landesrat einen Verordnungsentwurf vorzulegen, durch welchen die bisherige Einschränkung des passiven Wahlrechts beseitigt und die Wählbarkeit auf alle im Saargebiet seit dem 11. November 1918 seßhaften Einwohner, die das 25. Lebensjahr erreicht haben, ausgedehnt wird.

Meine sehrverehrten Herren! In den nächsten Tagen wird in Genf die Entscheidung fallen, ob der Völkerbundsrat den Willen hat, den bisherigen trüben Erfahrungen durch frische und energische Entschlüsse in unserem Sinne ein Ende zu machen. Wir haben Anspruch auf einen Franzosen in der Regierung mehr verlangen wir nicht. Heute sind klare Schritte des Landesrates notwendig. Aus diesen Gründen beantrage ich, namens der sozialdemokratischen Fraktion des Landesrates, mit dem Ersuchen, um Abstimmung noch in der heutigen Sitzung, folgendes:

Der Landesrat wolle beschließen,

1.) an den Rat des Völkerbundes folgendes Telegramm zu richten:

In der kommenden Sitzung des Völkerbundsrates soll auch das saarländische Mitglied der Regierungskommission gewählt werden. Der vom 5. März ab tagende Landesrat für das Saargebiet ist bereit, dem Völkerbundsrat durch sofortige Benennung solche im Saargebiet geborenen und geeigneten Männer vorzuschlagen, die das für eine solche Stellung notwendige Vertrauen der Saarbevölkerung besitzen.
Der Landesrat bittet ferner darum, jeweils Vertreter zu den Tagungen des Völkerbundsrates zwecks Anhörung vor dem Rate entsenden zu können, wenn Fragen auf der Tagesordnung des Rates stehen, die das Saargebiet betreffen.

2.) auch darüber muß abgestimmt werden, an die Regierungskommission folgendes Ersuchen zu richten:

Die Regierungskommission des Saargebietes wird ersucht, ihrerseits an den Völkerbundsrat das Verlangen zu stellen, dem Landesrat für das Saargebiet ein Vorschlagsrecht bei der Ernennung des saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission einzuräumen, sowie für die, vom Landesrat entsandten Vertreter der Saarbevölkerung das Recht der Anhörung vor dem Völkerbundsrat zu erwirken.

Meine Herren! Man wird glauben können, daß die Regierungskommission dem Ersuchen keine überschäumende Sympatie zollt. Die Regierung erkennt aber die Bedeutung dieses Ersuchens und rechnet wahrscheinlich mit der tatsächlichen Durchführung. Es gibt Staaten, deren Vertreter im Rat unsere Ansprüche als selbstverständlich empfinden. Die Delegiertenpolitik der Parteien ist und bleibt notwendig, sie muß nur offiziellen Charakter tragen. Da diese Tätigkeit für die Bevölkerung entfaltet wird, besteht zur dauernden materiellen Durchführung der Reisen zum Völkerbund ein Anspruch auf Kostendeckung aus öffentlichen Mitteln, weshalb wir weiter beantragen,
der Landesrat wolle die Regierungskommission ersuchen, in dem Etat des Saargebietes dauernd Mittel bereitzustellen,

<u>die</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

die zur Kostendeckung für die Entsendung von Vertretern der Bevölkerung zum Völkerbund diemen.

Unsere übrigen Forderungen haben wir in einer Denkschrift längst niedergelegt, auch soweit die sinkende Währung in Frage kommt. Meine Herren! Wir geben uns nicht der Vorstellung hin, als ob Frankreich freiwillig dem Volke gibt, was des Volkes ist. Aber der Druck der Ereignisse hat schon manchen bezwungen. Den jahrelangen Waffengang um Recht und Heimat bestehen in diesem Ringen wir. Unsere Partei und Fraktion wird immer in vorderster Linie stehen. Es muß vom Volk verstanden werden, daß die Stoßkraft des Landesrates sich nicht durch gesetzgeberische Vorteile erschöpfen darf. Er ist für uns das Sprachrohr zur Verteidigung der Volksrechte und zur Anklage, die die Sozialdemokratie gegen jede Autokratie erhebt.

Wir merken mit Freude und Hoffnung ein beginnendes Ringen, ein Ringen der Freiheit gegen die Gewalt. Wir betrachten es als unsere besondere Aufgabe, mit die Hüter unseres Selbstbestimmungsrechtes zu sein, die Erwecker aller Schläfer im Saargebiet zur nüchternen Wahrheit.

(Sehr gut !)

Die Selbstbestimmung ist das Fundament der Freiheit des Volkes. Auch gegen die Waffen der Separatisten des französischen Kapitals richtet sich unser Kampf. Darüber hinaus wird unsere Partei und Fraktion niemals vergessen, jeden Angriff auf das besondere Recht der Arbeiter abzuweisen. Es würde ein unversöhnlicher Kampf im Saargebiet einsetzen, wenn Hand an den Achtstundentag gelegt würde.

Aus diesen Gründen stellen wir das Verlangen, den Landesrat möglichst bald zu folgendem Antrag Stellung nehmen zu lassen und die Regierung zu ersuchen:

1.) Das Washintoner Abkommen betr. den Achtstundentag zu ratifizieren,

2.) das deutsche Betriebsrätegesetz zur Einführung vorzulegen,

3.) einen Entwurf einer Schlichtungsordnung vorzulegen,

4.) die Erwerbslosenfürsorge den heutigen Teuerungsverhältnissen entsprechend umzugestalten,

5.) die Löhne und Gehälter zu erhöhen und wertbeständig zu gestalten,

6.) die Bezüge der Kriegsopfer zu erhöhen und den Hinterbliebenen eine Existenz zu gewähren,

7.) den Personalabbau einzustellen und soweit er durchgeführt ist, rückgängig zu machen.

Meine Damen und Herren! Was würde der Landesrat dem Volke sein, wenn er über der Erringung rein politischer Vorteile vergäße dem Volke das nackte Dasein zu mildern. Wenn der Landesrat vergäße, die herrschende Gewalt zu wehren. Zur Erfüllung rufen wir alle zu Hilfe herbei, die Gemeinschaft der geistigen und körperlich Schaffenden.

(B r a v o !)

Vorsitzender

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4 1

rsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Reinhard!

inhard (K.P.): Meine Herren! Die Stellungnahme der Kommunistischen Partei hat sich in politischer Hinsicht absolut garnicht geändert, seitdem der Landesrat besteht. Es ist Jhnen bekannt, daß die Kommunistische Partei im Gegensatz zu den übrigen Parteien den Vertrag von Versailles nicht anerkennt und daß die Kommunistische Partei sich zur Aufgabe gemacht hat, diesen Vertrag zu vernichten. Jn Anbetracht dessen können wir absolut nicht in dem Sinne mit der Regierungskommission zusammenarbeiten, wie es die übrigen Parteien durch ihre Erklärungen zugesagt haben. Wir können deshalb nicht, weil sich die Regierungskommission seit ihrem Hiersein niemals um die Jnteressen der Bevölkerung gekümmert hat; weil sie sich niemals um die Anträge und Wünsche, die aus den Kreisen der besitzlosen Klassen an sie gerichtet wurden, gekümmert hat. Weil wir diesen Standpunkt vertreten und weil wir auf dieser Richtlinie basieren, hat sich in der letzten Zeit im Saargebiet dahingehend eine Wendung vollzogen, daß große Massen des schaffenden Volkes sich an die Seite der Kommunistischen Partei gestellt haben. Das schaffende Volk an der Saar hat eingesehen, daß nur durch radikale Beseitigung der bestehenden Ordnung etwas erreicht werden kann. Wenn wir uns diese Frage vorlegen, so müssen wir aber heute als Landesrat auch unbedingt Stellung nehmen zu den Fragen, die heute am brennendsten sind.

Was geschieht mit den Steuergroschen, die man durch die Zustimmung der übrigen Parteien, der besitzlosen Klasse abpresst. Was geschieht mit dem Geld, das man in Gestalt der Lohnsteuer den Arbeitern abknöpft. Die Angestellten, die Eisenbahner, die Bergarbeiter, kurzum die gesamte Arbeiterklasse steht vor dem Hungertode. Die Regierungskommission nimmt dieses Geld und wirft es in einer Höhe von 15 Millionen fast ausschließlich den höheren Beamten zu. Dort wurden Lohnerhöhungen vorgenommen in einer Höhe, die dem Monatslohn eines Berufs-Arbeiters gleichkommen. Wenn die Regierungskommission glaubt, daß die saarländische Arbeiterklasse, die Jnflationspolitik der französischen Jndustriellen unterstützt, die die saarländische Arbeiterschaft nach wie vor zum Hunger treibt, so wird sie eines anderen belehrt werden. Wenn bei dieser Gelegenheit heute der Landesrat nicht dagegen Stellung nimmt, daß er in einer Abstimmung verlangt, daß unverzüglich den Kreisen, die schon monatelang in Verhandlungen stehen, eine Lohnaufbesserung gegeben wird, ist der Landesrat nicht das, was er sein soll. Wir erklären, daß wir einen Antrag einbringen und verlangen, daß darüber abgestimmt wird.

Über die Frage des Achtstundentages hat es uns eigenartig berührt, daß der Redner der Sozialdemokratie erklärt hat, daß es zu einem gewaltigen Kampf kommen wird, während die Sozialdemokratie im Reich den Achtstundentag abgeschafft hat.

(Unruhe)

(Zuruf Dr.Sender: "Agitationsmätzchen" !)

Ferner möchte ich bemerken, daß es eigenartig ist, daß im sogenannten Völkerbundsstaat das Washingtoner Abkommen nicht ratifiziert ist. Wir vertrauen den übrigen Parteien nicht, wenn sie sagen, die Regierung wird den Achtstundentag gesetzlich garantieren. Wir rufen heute schon der Arbeiterschaft zu, daß wir in den nächsten Tagen auf die Straße gehen

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

gehen müssen, um den Achtstundentag zu verteidigen. Wir wissen, daß die Regierung mit der deutschen in dieser Frage gegen die Arbeiterschaft gemeinsam vorgehen wird. Die bisherige Tätigkeit hat es schon bewiesen. Man hat offen gesagt, auch von Seiten der deutschen Unternehmer, daß der Achtstundentag abgeschafft werden muss, um, wie man angibt, die Produktion zu verbilligen. Wir wehren uns entschieden dagegen, daß man auf Kosten der Arbeiterschaft die Produktion verbilligen will. Dafür gibt es andere Mittel und Wege.

Bei der Sozialversicherung liegen die Dinge so, daß durch die Schuld der bürgerlichen Parteien heute Renten gezahlt werden, die zum Teil nicht langen, um einen Tag davon leben zu können. Was hilft es, wenn man hierher kommt und spricht von Aufbesserung und bei der Beratung der betr. Gesetze tut man nichts. Sie hätten sich zu dem Antrag der Linken stellen müssen und nicht auf die Seite der Regierung schlagen. Was nützt das alles, wenn die anderen Parteien dagegen sind. Herrn Dr.v.Vopelius von der Deutsch-Saarländischen Volkspartei war der Antrag der Regierung bei der Vorlage der Unfallversicherung noch zu weitgehend. Hier kommt man her und hält schöne Reden, um die Bevölkerung über Tatsachen hinwegzutäuschen. Wir wissen aber, daß in diesen Tagen eine Änderung eintritt, wenn sich die Arbeiterschaft bereit macht zum Kampf.

Die Frage des Völkerbundsrates, die angeschnitten wurde, betrachten wir folgendermaßen:

Der Völkerbund kann die Wünsche der Saararbeiter nicht erfüllen. Er kann sie deshalb nicht erfüllen, weil der Völkerbund der Gerichtsvollzieher Frankreichs ist und weil der Völkerbund zusammengesetzt ist aus Leuten, die ein Jnteresse daran haben, das Saargebiet zu einer französischen Kolonie zu machen.

(Sehr gut !)

Wir haben keine Hoffnung, daß es im Saargebiet eine radikale Änderung geben wird, wenn morgen oder übermorgen anstelle von Land ein anderer zur Regierungskommission gesetzt wird.

(Zuruf v.d. Sozialdemokraten: "Wenn Sie dabei wären!)

Vielleicht würde es besser gehen, wenn die Sozialdemokratie einen General Seeckt herbeirufen würde.

(Lachen !)

Die Frage ist klar, Sie mögen lachen. Kein Saararbeiter wird sich was dafür kaufen können, wenn ein anderes Mitglied der Regierungskommission herkommt, Änderungen zu schaffen gemeinsam die deutsche .....

(Zuruf: Und die französische?)

Herr Petri, darüber möchte ich Jhnen Auskunft geben. Sie hoffen ja, mit Hilfe der englischen Arbeiterpartei im Saargebiet etwas zu erreichen. Wir hoffen auf eigene Kraft der Arbeiterklasse und hoffen nicht auf Leute, bei denen ein Sturm der Entrüstung entbrannt ist, als eine Revision des Vertrages von Versailles beantragt wurde.

Was die Frage des Militärs betrifft, so haben wir immer wieder verlangt, daßdas Militär beseitigt wird. Jch glaube,

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3

A4 1

glaube, Sie glauben so wenig daran wie ich, daß das Militär verschwinden wird. Die Regierung hat das Militär hierher gerufen, um es gegen die saarländische Arbeiterklasse zu hetzen. Wir hoffen, daß endlich innerhalb der französischen Arbeiterklasse die Einsicht kommt und auch bei den Arbeitern im Waffenrock, wenn die Stunde kommt, gemeinsam an der Seite der deutschen Arbeiter gegen die Bedrücker vorzugehen. Die Regierung baut systematisch das Landjägerkorps auf und verringert nicht das Militär. Die Dinge liegen so, daß wir immer mehr Bewachungsorgane haben für die Arbeiterschaft. Die Landjäger wachsen wie Pilze aus der Erde und es ist kein Wunder, wenn die Regierung mit neuen Steuern kommt und immer wieder mehr Steuern aus der Arbeiterklasse herausholt. Es ist klar, daß die Stellungnahme der Kommunistischen Partei keinen Anklang bei Jhnen findet. Die Stellungnahme der Kommunistischen Partei ist insofern aber richtig und sich bei der Saarbevölkerung durchsetzt, weil die Saarbevölkerung lernen wird, daß eine Mitarbeit mit einer Regierung, die lediglich ein Diktatorium ist, um den Geldsack der französischen Jmperialisten zu schützen, unmöglich ist. Wenn Sie sich erklären, mit einem derartigen Diktatorium mitzuarbeiten, machen Sie sich mit schuldig, die Saararbeiterschaft auszupressen.

Jch möchte erwähnen; die Dinge im Bergbau liegen folgendermaßen:

Jm Friedensvertrag steht, Ausbeutung der Gruben. Er sagt aber nicht, die Bergarbeiter müssen Hungerlöhne haben, während die Grubenverwaltung gewaltige Überschüsse macht. Wenn wir uns dies vor Augen führen, Hungerlöhne, Hunger und Elend, so können wir uns nicht dazu hergeben, mit einer derartigen Regierung mitzuarbeiten. Weil unsere Forderungen klar und präzise sind, den bestehenden Vertrag niederzureißen, haben wir das Recht, von der Arbeiterschaft zu verlangen, sich endlich geschlossen an unsere Seite zu stellen und endlich klar darüber zu werden, daß wir im gegebenen Moment kämpfen müssen, um diese Zustände zu beseitigen. Die Gruben und Fabriken gehören im Gesamtwert dem Saargebiet, gehören der Arbeiterklasse. Was kümmern uns Verträge von Diplomaten, die irgendwo abgeschlossen wurden, um die Bevölkerung zu unterdrücken. Wir können uns nicht dazu hergeben, uns diesem Vertrag zu beugen.

Für die nächste Zeit verlangen wir mit aller Entschiedenheit von der Regierung, daß die Lohn- und Gehaltssteuer abgeschafft wird. Dieses schamlose Gesetz wurde eingeführt mit Zustimmung aller Parteien mit Ausnahme der Kommunistischen Partei.

(Zurufe: Oho !)

Mit diesem Gesetz wird der letzte Groschen aus den Taschen der besitzlosen Klasse geholt, während sich die andere Klasse vor der Steuer drückt.

(Unruhe - Der Zwischenruf Dr.Sender unverständlich)

Herr Sender, einem Demagogen antwortet man nicht.

(Zuruf: Dr.Sender: Sie kleiner Gernegroß)

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

Heute sagen Sie, Sie hätten der Lohnsteuer nicht zugestimmt; das ist eine Verdrehung der Tatsache. Hoffmann hat mit Entschiedenheit die Einführung der Lohnsteuer verlangt.

(Zuruf: Sie waren ja nicht in der Sitzung.)

Auch dazu möchte ich Jhnen antworten. Jch konnte den Sitzungen nicht immer beiwohnen, weil ich z.Teil nicht eingeladen wurde.

Wir verlangen ferner die Entfernung des französischen Militärs.

Außerdem die wichtigste Forderung, die momentan brennend ist, die Schaffung wertbeständiger Löhne. Der Franken saust abwärts.

(Zuruf Levacher: Sie haben ihn verlangt!)

Herr Levacher, auch Jhnen werde ich Antwort geben. Bemühen Sie sich bitte zum Büro des Landesrates und holen Sie sich das Gesetz, dann werden Sie finden, was die Kommunistische Partei getan hat. Sie müssen also feststellen, daß Jhre Angriffe haltlos sind.

Herr Petri, ich möchte Sie an den Reichstagsabgeordneten Hoffmann erinnern, der schuld daran war, daß soviel Blut geflossen ist.

(Zuruf Betz: Die Kommunisten haben mit den Separatisten in Pirmasens gemeinsame Sache gemacht.)

Zu der Frage der wertbeständigen Löhne haben wir uns auf folgenden Standpunkt gestellt:

Die Jndustrie und der Bergbau verkonsumieren den größten Teil ihrer Produkte in wertbeständiges Geld und man kann diese Forderung unter keinen Umständen ablehnen. Über diese Frage möchten wir von Seiten der Regierung in allernächster Zeit eine Vorlage sehen, damit sich der Landesrat damit beschäftigen kann.

Was die Frage der Jmmunität der Abgeordneten anbelangt, ist es selbstverständlich, daß auch wir diese Forderung unterstützen. Wir bemerken aber dazu, daß man sich auch um dieses Gesetz nicht mehr kümmert. Drüben im Reich hat man eine Reihe kommunistischer Abgeordneten verhaftet, trotzdem die Jmmunität besteht. Also auch diese Frage ist nichts.

Zu der Frage des Betriebsrätegesetzes verlangen wir, daß dasselbe derartig ausgebaut wird und nicht nur soweit wie es in Deutschland besteht, sondern

(Zuruf Dr.Röchling: wie in Russland !)

Sehr richtig, Herr Röchling. Wir verlangen Ausbau und Einführung des Betriebsrätegesetzes im Saargebiet, daß die Betriebsräte Mitbestimmungsrecht bei Anlegung und Entlassung der Arbeiter, sowie über alle Fragen des Betriebes erhalten.

Ferner

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

Ferner möchte ich auf eins hinweisen. Jm Friedensvertrag heißt es, die Regierungskommission hat für das Wohl der Saarbevölkerung zu sorgen. Heute liegen die Dinge folgendermaßen:

Unter dem Schutz der Regierung hat die Grubenverwaltung ein System von schwarzen Listen eingeführt, das in der heutigen Gesellschaftsordnung so schlimm zu betrachten ist, wie die Frage des Spitzelsystems, des Systems der gekauften Elemente. Die lothringischen Kohlenbergwerke arbeiten mit der hiesigen Grubenverwaltung Hand in Hand, um die saarländischen Arbeiter, die schon seit Jahrhunderten hier ansässig sind, zu verdrängen. Das ist eine direkte Brechung des Vertrages von Versailles. Hier muss die Regierung eingreifen. Kommt ein Mann zu einem Grubeningenieur um Arbeit zu finden, schlägt dieser seine Buchführung auf und sagt; "Sie stehen in der schwarzen Liste, wir legen Sie nicht an." Das bedeutet, daß man unterm Schutz der Regierung die Arbeiterschaft brotlos macht. So dürfen die Dinge nicht weiter gehen.

Unser Endziel, das wir möglichst bald zu erreichen hoffen, ist, mit Hilfe der Saararbeiterschaft und unseren Brüdern in Deutschland und mit Hilfe der arbeitenden Klasse in ganz Europa den Vertrag von Versailles zu zerreißen und zu vernichten und hoffen, baldigst dazu übergehen zu können, zur Aufrichtung der Räterepublik in Deutschland.

Vorsitzender

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3

A4

itzender: Das Wort hat der Abgeordnete Schmelzer !

elzer (D.S.V.P.): Meine Herren! Wir stellen mit Genugtuung fest, daß die Saarbevölkerung der Regierung auf die Verschlechterung des Wahlsystems durch Einführung des freien Listensystems die richtige Antwort erteilt hat.Der Landesrat zeigt in seiner heutigen Zusammensetzung ungefähr das Gesicht,das er besessen hat,und es dürfte der Regierung vielleicht zu denken geben,daß sich dieses Gesicht nur insofern geändert hat,als die kommunistische Partei einen sogar für sie selbst unerwarteten Zuwachs erhalten hat.

Wir stellen fest,daß wir,wie wir es früher auch bereits getan haben,festhalten an der Zusammenarbeit mit der Regierung, soweit sie sich auf den Vertrag von Versailles stützt;wir stellen aber weiter fest,daß ein Teil der Regierung diese Zusammenarbeit dauernd sabotiert,und daß die Regierung in ihrer Mehrheit nach wie vor das Selbstbestimmungsrecht mißachtet. Das Mitglied der Regierung für innere Angelegenheiten hat die Beigeordneten und Deputierten,die von den Gemeinderäten und Kreistagen gewählt wurden,nicht bestätigt und hat ihnen die Bestätigung versagt wegen ihrer Haltung,die sie sowohl gegenüber der Regierung wie auch gegenüber den durch den Versailler Vertrag geschaffenen Verhältnissen an den Tag gelegt hätten. Herr Reinhard hat vorhin selbst erwähnt,daß die kommunistische Partei den Versailler Vertrag nicht anerkenne ,trotzdem hat es die gleiche Regierung fertiggebracht die kommunistischen Beigeordneten zu bestätigen.

Wir stellen fest,daß die Regierung in ihrer Begründung also objektiv die Unwahrheit spricht,denn wir haben uns zum Versailler Vertrag bekannt,während ihn die Kommunisten ablehnen. Wir betrachten die Nichtbestätigung nicht als eine Brüskierung einzelner Personen,sondern als eine Brüskierung der ansässigen Bevölkerung. Mit Bedauern müssen wir feststellen,daß das saarländische Mitglied der Regierungskommission der französischen Politik der Regierungskommission nicht entgegengetreten ist und die Rechte und die Wohlfahrt der Bevölkerung mit Füßen treten läßt oder sogar selbst mittritt.

tzender: Diese Kritik ist sicher für das saarländische Mitglied der Regierungskommission nicht gerechtfertigt.

(Hört, hört !)

lzer (D.S.V.): Diese Bemerkung ist mir schleierhaft. Ich verstehe Sie nicht Herr Präsident. Wir verlangen für den Landesrat ein Vorschlagsrecht für die Benennung des saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission und wir legen großen Wert darauf,daß der Landesrat dazu gutachtlich gehört wird. Im wesentlichen decken sich unsere Forderungen mit denen des Zentrums und ich will deshalb darauf verzichten,die einzelnen Forderungen zu erheben. Wir verlangen selbstverständlich auch wie die anderen politischen Parteien,daß der Landesrat in seiner Bedeutung gehoben und gestärkt,daß die Geschäftsordnung verbessert,daß der Präsident vom Landesrat gewählt wird. Wir verlangen Abänderung der Bestimmungen über die Wählbarkeit zum Landesrat; die alten Beschwerden,die aus unseren Denkschriften nach Genf bekannt sind,machen wir uns ebenfalls zu eigen.

In der Zeit des Beamtenabbaues,den die Regierung jetzt vornimmt,verlangen wir vor allen Dingen erneut die Entfernung der fremdländischen Beamten und wir verlangen bis zu ihrer Entfernung,für diese die gleiche Besoldung wie für die einheimischen Beamten. Wir hatten schon früher auf die Frankenentwertung hingewiesen,die jetzt tatsächlich eingetreten ist. Die Regierung hat sich außerordentlich beeilt,den französischen Franken zum gesetzlichen Zahlungsmittel zu machen unter der

Angabe

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 3
A4

Angabe, daß dieses Währungsmittel ein stabiles ist. Wir erwarten von ihr, daß sie sich ebenso beeilt, den unstabilen Franken zu beseitigen und die jetzt wieder wertbeständige Rentenmark einzuführen.

(Sehr richtig !)

Wir verlangen ferner von der Regierung, daß sie die geradezu kläglichen Lohn-und Gehaltsverhältnisse ihrer Beamten und Arbeiter bessert. Durch die Lohnpolitik der Regierung werden nicht nur die davon unmittelbar betroffenen Personen geschädigt, sie ist vor allem geeignet, den Mittelstand auszupowern. Der Mittelstand ist auf den inneren Markt angewiesen und auf dem inneren Markt kann die Kaufkraft nur dann erhalten werden, wenn die Arbeiter und Beamten genügend besoldet werden. Wir betrachten die Lohnpolitik als Teil ihrer Französierungspolitik und legen auch von diesem Gesichtspunkt aus entschieden Verwahrung dagegen ein. Der Einwand der Regierung, daß ihr die nötigen Mittel nicht zur Verfügung stehen, ist nicht stichhaltig, denn sie hat es noch nicht fertiggebracht, die Steuern, die der französische Staat dem Saargebiet schuldet und zwar 40 Millionen Franken, einzutreiben. Wenn der französische Staat seine Steuerpflicht abträgt, dann können die Beamten und Arbeiter auch menschenwürdig besoldet werden. Wir erheben auch die Forderung, daß die Zentralwohnungskommission endlich verschwindet. Ich weise den Herrn Staatskommissar darauf hin, daß er mir die Antwort noch immer schuldig ist auf die Vorwürfe, die ich gegen Beamte der Regierung vor nahezu zwei Jahren erhoben habe. Ich hatte darauf hingewiesen, daß in Wohnungsangelegenheiten durch Beamte gesetzliche Verfehlungen vorgekommen sind, die unter alter deutscher Herrschaft schwer bestraft worden seien. Ich werde bei Beratung der Wohnungsfragen erneut dieses Material vorlegen und es noch ergänzen. Ich bitte den Staatskommissar mir seine Antwort schon jetzt vorzubereiten. Die Verwaltung soll ja nach Aussagen der Regierung in Genf und nach den Urteilen ausländischer Besucher des Saargebietes glänzend dein. Die ausländischen Besucher des Saargebietes haben aber übersehen, daß das, was an unserer Verwaltung jetzt noch glänzend ist, ein Überrest ist der glänzenden Verwaltung, die wir besessen haben. Wenn unsere Verwaltung noch in Ordnung ist, dann ist das ein Verdienst unserer guten alten deutschen Beamtenschaft.

(Sehr richtig !)

Wenn diese Beamtenschaft nicht vorhanden wäre, wäre die ganze Verwaltung schon längst zusammengebrochen. Zum Schluß möchte ich hinweisen, daß der Vertrag von Versailles unserem Volkstum nicht entgegensteht, es im Gegenteil garantiert. Wir befinden uns in Übereinstimmung mit dem Versailler Vertrage, wenn wir sagen:

Wir sind deutsch und werden deutsch bleiben !

(B r a v o).

tzender : Das Wort wünscht der Abgeordnete Albert !

t (V.f.H.u.L.): Meine Herren! Das Programm der Partei (Vereinigung von Hausbesitz und Landwirtschaft, deutscher Wirtschaftsbund), deren Interessen ich hier im Landesrat zu vertreten die Ehre habe, ist:

den Hausbesitz und die Landwirtschaft der deutschsaarländischen Bürger im Saargebiet existenzfähig zu gestalten,

damit

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3

A4

damit der Grund und Boden den deutschen Saarländern erhalten bleibt, denn was deutsch ist, soll deutsch bleiben.

rsitzender: Zu einer persönlichen Bemerkung hat der Abgeordnete Dr.Sender das Wort !

Sender(S.P.): Der Herr Versammlungssprenger,Herr Reinhard,hat mich Demagoge genannt, das schmerzt mich. Ich bedauere,mich seinem Diktatorium seiner Meinung ,nicht anzuschließen.

(Lachen !)

rsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Hoffmann!

ffmann(S.P.): Noch eins möchte ich feststellen. Als dem Landesrat der Entwurf betr.Einkommensteuer zugegangen war, haben wir den Lohnabzug abgelehnt und haben ihn in veränderter sozialerer Form gewünscht, weil er eine außerordentliche Belastung vorsah. Es stimmt nicht, was Herr Reinhard sagt, wir hätten ihn (Reinhard) aus der Kommission herausgewählt. Wäre Herr Reinhard in der Kommissionssitzung gewesen, dann hätte er so gut wie ich gewußt,daß die Kommission niemals zusammengetreten ist, sondern daß die Regierungskommission den Entwurf vom Frühjahr 1923 zurückgezogen hat.

rsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Reinhard !

inhard (K.P.): Ich verzichte für meine Person für die großmütige Belehrung der Herren Hoffmann und Dr.Sender.Ich bin schon 12 Jahre großjährig.
(Zuruf Dr.Sender: Das merkt man nicht !)

rsitzender! Herr Reinhard, Ihre Großjährigkeit ist nicht bestritten worden.
Das Wort hat der Abgeordnete Petri !

tri (S.P.): Ihr habt (zu den Kommunisten) mehrere Seitensprünge gemacht. Das entspricht der Tendenz der Partei, die die Vernichtung der Sozialdemokratie gepredigt hat.

rsitzender: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.Der Herr Dr. Sender hat verlangt ,daß über seine Anträge abgestimmt werden soll. Aus den Reden sämtlicher Parteien geht hervor,daß sie sich außer den Kommunisten Ihrem Antrag anschließen,Herr Dr.Sender.
Das Wort hat der Abgeordnete Reinhard!

inhard (K.P.): Die Kommunistische Partei steht auf dem Standpunkt, daß das saarländische Mitglied der Regierungskommission in allgemeiner geheimer Wahl gewählt wird.

rsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Kiefer !

efer (Z.): Meine Herren! Soeben wird eine Entschließung von den Eisenbahnerorganisationen verteilt,welche lautet:

"Vertreter des Saarvolkes! Die Regierungskommission hat die berechtigten Forderungen der Eisenbahnarbeiter abgelehnt. Dieselben sind in einer großen Notlage und wenden sich daher an ihre Vertreter im Landesrat, die Regierung zu interpellieren, daß sie den Staatsarbeitern die Löhne zahlt, die sie auf Grund der heutigen Teuerung

unbedingt

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3

A4

unbedingt zum Leben haben müssen. Als Grundlage für die Festsetzung der Löhne der Arbeiter sollen die Gehälter der Beamten in der Weise zu Grunde gelegt werden, daß ein Handwerker mit einem Beamten der Besoldungsgruppe 3 gleich gestellt wird. Diese Gegenüberstellung beider Gruppen war bisher im Reiche üblich und wird von den Gewerkschaften auch hier gefordert."

Unterzeichneth ist die Eingabe vom Deutschen Eisenbahnerverband, der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, Post-und Staatsbediensteten und vom Allgemeinen Eisenbahnerverband.

Es kann festgestellt werden, daß sämtliche Parteien auf die Notlage der Arbeiter- und Beamtenschaft hingewiesen haben und der Herr Staatskommissar ist ersucht worden, der Regierungskommission zu unterbreiten, daß die Regierung unverzüglich in den nächsten Tagen die Lohn-und Gehaltsfrage so regelt, wie es den Verhältnissen entspricht. Ich glaube, daß wir dadurch in genügender Weise, dem uns gestellten Ersuchen nachgekommen sind.

sitzender: Von einer Verteilung der Petition und von dem Inhalt derselben hatte der Vorstand keine Kenntnis.
Das Wort hat der Abgeordnete Kratz !

tz (Z.): Die Leute kommen aus einer Versammlung und warten draußen auf Einlaßkarten.

sitzender: Bei mir sind keine Karten für die Leute verlangt worden.
Das Wort hat der Abgeordnete Brettar!

ttar (S.P.): Drei Vertreter der Eisenbahnarbeiter wollten den Saal betreten ,um uns ihre Wünsche vorzutragen, doch wurden sie vom Landjäger gehindert. Es erscheint mir unverständlich, daß man Gewerkschaftsvertretern den Zutritt zur Sitzung des Landesrates verhindert.

Es ist an der Zeit, daß die Regierung endlich von ihrem verwerflichen Standpunkt abgeht und dazu übergeht, ein Vorbild zu geben, die Staatsarbeiter so zu besolden, daß das Existenzminimum gewährleistet ist. Wenn die Regierungskommission in der Lage ist 15 Millionen Franken auszuwerfen, um die Gehälter der oberen Beamten aufzubessern, müßte auch eine Summe aufzubringen sein, um der Arbeiterschaft unter die Arme zu greifen. Wenn schon betont wird, daß bei der Eisenbahn der Personalabbau beginnt, indem man 1100 Arbeiter auf die Straße setzt, so sind wir zu der Überzeugung gekommen, daß dieses deshalb geschieht, um durch die Ersparnis der 1100 Arbeiter, die oberen Beamten im Gehalt aufzubessern. Ich bin überzeugt, daß hierin alle Mitglieder des Landesrates hierin mit mir einig gehen. Gegen die Entlassung der Arbeiter erheben wir schärfsten Protest und verlangen, daß die bereits ausgesprochene Entlassung zurückgenommen wird.

itzender: Es ist mir und meinen Herrn Kollegen am Vorstandstisch nicht bekannt, daß Einlaßkarten zur Sitzung verlangt wurden. Hätten die betr. Herren bei uns Karten erbeten, wären ihnen auch solche ausgehändigt worden.
Das Wort hat der Herr Staatskommissar Dr. Liesch!

tskommissar Dr. Liesch: Meine Herren! Mein Amt bindet mich streng an die Geschäftsordnung und auf Grund dieser muß ich mir versagen, auf Fragen einzugehen, die nicht auf der Tagesordnung stehen .

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3
A4

stehen. Auf die Aussage, die Regierung hätte 15 Millionen zu viel gehabt, muß ich zur Antwort geben um diesem Märchen ein Ende zu machen, Die Gehaltsaufbesserung hat eine Ausgabe von 15 1/2 Millionen Franken verursacht. Davon sind keine 2 Millionen für die oberen Beamten verwendet worden. Die übrigen 13 Millionen sind restlos den unteren und mittleren Beamten zugute gekommen.

sitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Reinhard !

nhard (K.P.): Nachdem nun eine Abordnung der Eisenbahner hier ist, bitte ich zu veranlassen, daß diese der Sitzung beiwohnen können, um dem Landesrat ihre Wünsche zu unterbreiten.

sitzender: Die anderen Parteien haben sich bereit erklärt, sich um die Angelegenheiten der Eisenbahner zu kümmern.
Das Wort wird nicht mehr gewünscht. Ich schließe daher die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 5^{00} Uhr.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4